

energiejournal

für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer

EnergieSchweiz – das Programm des Bundesrates für Energieeffizienz und erneuerbare Energien
energieschweiz.ch



Mit Weitblick in die Energiezukunft



*Bundesrat Albert Rösti
im grossen Interview. Seite 17*

«Die Absicherung des Strombedarfs in alle Richtungen diskutieren»

Wie sieht die Energiezukunft der Schweiz aus? Welchen Beitrag leisten Förderprogramme dazu? Sind Lenkungsabgaben nötig? Ein Gespräch mit Energieminister Albert Rösti über die Herausforderung der Energiewende und die Massnahmen, die sie möglich machen sollen.

Von Roland Grüter und Marianne Sorg (Interview) und Gerry Nitsch (Fotos)

Herr Bundesrat, Ende April erlebten Spanien und Portugal ein folgenschweres Disaster: Sie blieben stundenlang ohne Strom. Ist ein Blackout dieser Grössenordnung auch bei uns möglich?

Ganz auszuschliessen ist ein solches Szenario nicht – so gut unser Netz auch abgesichert ist. Die Schweiz ist an 41 Standorten physisch mit dem Stromnetz der EU verbunden – da könnte es unter

Umständen tatsächlich zu einem Dominoeffekt kommen. Noch ist nicht abschliessend geklärt, was zum Blackout in Spanien und Portugal geführt hat. Wir werden uns die Ursachen genau anschauen und Schlüsse daraus ziehen. Uns interessiert besonders, welche Rolle dabei die Bandenergie und die erneuerbaren Energien spielten.

Der Anteil an Solarstrom und Windkraft lag kurz vor dem Crash auf der Iberischen Halbinsel bei über 70 Prozent. Die Schweiz ist daran, diese Kapazitäten auszubauen. Mit welchem Risiko für die Stromversorgung?

Es ist zu früh, etwelche Schlüsse auf den Strommix im Netz zu ziehen. Wir müssen die umfangreiche Datenauswertung aus Spanien ab-

Das von der Bevölkerung im Juni 2023 angenommene Klima- und Innovationsgesetz beinhaltet eine komplette Dekarbonisierung bis ins Jahr 2050. Das Gebäudeprogramm will seinen Beitrag dazu leisten, respektive Hausbesitzerinnen und -besitzer dazu anregen, Dach, Fassade, Haustechnik etc. ihrer Liegenschaften zu sanieren. Schweizweit sind



Wir werden uns die Ursachen, die auf der Iberischen Halbinsel zum Blackout führten, genau anschauen und Schlüsse daraus ziehen.

Albert Rösti
Bundesrat



warten. Vieles spricht dafür, dass die Schweiz weniger gefährdet ist, unter anderem wegen der grossen Wasserkraftproduktion. Diese erlaubt uns, bei Bedarf schnell Strom zu produzieren. Trotzdem: Der Ausfall dauerte zwar nicht ewig, das Leben der Menschen dort kam aber zum Stillstand, denken wir nur an den beeinträchtigten Verkehr oder den Zahlungsverkehr. Das führte in kürzester Zeit zu einem Milliardenverlust. So etwas gilt es zu verhindern. Mit allen Mitteln.

Die Schweiz richtet sich breit auf eine neue Energiezukunft aus. Die Produktion erneuerbarer Energien soll angekurbelt und der Verbrauch optimiert werden. Für Besitzerinnen und Besitzer von Immobilien gibt es beispielsweise seit 15 Jahren das Gebäudeprogramm. Wie zufrieden sind Sie damit?

noch eine Million Gebäude zu erneuern. Die Erneuerungsrate liegt aktuell bei rund 1,5 Prozent statt der angestrebten 3 Prozent. Damit kann man nicht zufrieden sein, die Zurückhaltung der Menschen verstehe ich aber.

Inwiefern?

Viele können sich Renovationen erst dann leisten, wenn die veralteten Anlagen amortisiert sind, ihre vorgesehene Funktionsdauer erreicht haben – oder wenn der Sanierungsdruck hoch wird, weil das Dach rinnt oder es durch die Fenster zieht. Nur wenigen sitzt das Geld so locker im Portemonnaie, dass sie von sich aus Anpassungen machen.

Was ist mit ideellen Motiven: zählen die nicht?

Hier muss man realistisch sein. Die allermeisten können sich Idealismus finanziell nicht leisten. Für viele ist es schon ein Kraftakt, sich eine Immobilie zu leisten – da bleibt wenig Spielraum für freiwillige, nicht wirklich dringliche Investitionen.

Bundesrat Albert Rösti blickt optimistisch und pragmatisch in die Energiezukunft.

Dann ist die angestrebte Erneuerungsrate von drei Prozent eine Utopie?

Zumindest ist sie schwer erreichbar. Dafür müsste man die Abschreibungsdauer einer Immobilie enorm verkürzen. Was wir jedoch tun können: Die gesetzlichen Mindeststandards weiterentwickeln. Die Kantone haben mit den Mustervorschriften im Gebäudebereich einen guten Hebel, um Gebäude – nicht nur Neubauten – energieeffizienter und fossilfrei zu machen.

Im Rahmen des neuen Impulsprogramms wollen Sie insbesondere in Mehrparteienhäusern den Ersatz von fossilen und mit Strom betriebenen Heizungen durch erneuerbare Systeme fördern. Hat denn hier die Politik bis anhin versagt?

Nein, aber wir müssen Förderinstrumente noch zielgerichteter ausrichten und konsequenter anwenden. Das Impulsprogramm beispielsweise soll Besitzer von Häusern, in die mehrere Parteien involviert sind, zu einem Heizungswechsel anregen. Dafür stellen wir jährlich 200 Millionen Franken zur Verfügung.

Ist es also aus Sicht des Bundes fortan wichtiger, dass die Menschen von Öl-, Gas- oder Elektroheizungen absehen, statt ihre Häuser zu dämmen oder mit neuen Fenstern auszurüsten, also grundlegend zu sanieren?

Man soll das eine tun, ohne das andere zu lassen. Natürlich macht es keinen Sinn, ein altes Bauernhaus mit einer Wärmepumpe nachzurüsten, ohne es genügend zu dämmen. Die Energieeffizienz von Gebäuden bleibt wichtig. Wir sehen aber bei der Förderung dort eine grössere Hebelwirkung, wo wir Hausbesitzer oder Hausgemeinschaften zu einem Heizungsersatz ermuntern können. Das Impulsprogramm fördert nicht nur den Ersatz fossiler Heizungen, auch Elektroheizungen sollen schneller ausgewechselt werden.

Wieso das?

Nebst dem Umstieg auf erneuerbare Energien brauchen wir vor allem auch effizientere Technologien. Deshalb wollen wir mit dem Impulsprogramm den Ersatz veralteter Heizungen ankurbeln. Vor allem von jenen, die enorm viel Strom fressen, also von elektrischen Widerstandsheizungen. Diese sind höchst ineffizient und verbrauchen rund zehn Prozent des gesamten Winterstroms.

Wie wird das Impulsprogramm finanziert?

In Zukunft durch die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe. Pro Tonne CO₂ beträgt diese Abgabe 120 Franken. Davon floss bislang ein Drittel hauptsächlich ins Gebäudeprogramm. Wir wollen die Teilzweckbindung auf 41 Prozent erhöhen, damit aber vor allem die neuen Programme finanzieren. Damit stehen uns für die neuen Förderprogramme jährlich 400 Millionen Franken zur Verfügung, 200 Millionen Franken sind für das Impulsprogramm, 200 Millionen Franken für Innovationen vorgesehen. Wir peilen also neue Ziele an,



erwarten aber, dass die Kantone ihre Verantwortung im Gebäudeprogramm weiterhin wahrnehmen. Wir gehen davon aus, dass sie in diesem Bereich andere, neue Modelle vorschlagen.

Mit dem Finanzierungsmodell lässt sich elegant umgehen, die Programme mit Steuergeldern zu finanzieren.

Dies entspricht den Sparvorgaben des Bundes im Rahmen des Entlastungsprogramms EP27. Wenn sich dieses System bewährt und die CO₂-Abgabe nach 2030 beibehalten wird, ist das Klima- und Innovationsgesetz langfristig gesichert.

Eine Expertengruppe unter der Leitung von Wirtschaftswissenschaftler Serge Gaillard sondierte Sparmöglichkeiten beim Bund. Sie kam zum Schluss, dass im Gebäudebereich Vorschriften und Lenkungs-massnahmen effizienter sind als Fördergelder. Wie ist Ihre persönliche Einschätzung dazu?

Die Abstimmung über die Revision des CO₂-Gesetzes im Jahr 2021 hat gezeigt: zusätzliche Vorschriften und Lenkungs-massnahmen sind nicht mehrheitsfähig. Der Bundesrat hält weiterhin am Klima- und Innovationsgesetz fest und versucht, mit neuen Förderprogrammen Impulse zu setzen. Wir hoffen, mit weniger Mitteln den gleichen Effekt zu bewirken wie mit den bisherigen Programmen.

Der Topf des Gebäudeprogramms war gut gefüllt, wurde aber nie ganz ausgeschöpft. Was ist am Impuls- und Innovationsprogramm attraktiver?

Ich denke, der Bedarf in Mehrparteiengebäuden ist gross – hier werden die Mittel mit grosser Wahrscheinlichkeit abgeholt. Beim Innovationsprogramm bin ich gespannt zu sehen, ob es genügend Projekte gibt, die das Geld abholen. Ich hoffe darauf.

Weshalb ist das besonders wichtig?

Mit der Unterstützung von zukunftsweisenden Technologien, die sich national und idealerweise international durchsetzen, lässt sich enorm

wägen, was wichtiger ist: gesunde Staatsfinanzen oder Fördermassnahmen. Deshalb sollten wir schon jetzt Interesse daran haben, dass jeder Franken effizient eingesetzt wird.

Welche Haltung vertreten Sie?

Will der Staat auf lange Sicht leistungsfähig bleiben, damit er unter anderem Fördergelder sprechen kann, macht es Sinn, die Schuldenbremse einzuhalten – und genau hinzuschauen, wo und wie das Geld

« Das Ziel bleibt trotz Spardruck gleich: Wir wollen das Klima- und Innovationsgesetz umsetzen. »

viel zur Dekarbonisierung der Gesellschaft beitragen. Darüber hinaus bringen sie die Industrie vorwärts. Ich bin optimistisch: Die Wirtschaft muss daran interessiert sein, die Dekarbonisierung voranzutreiben. Klimaneutral zu sein, bietet Unternehmen schliesslich Wettbewerbsvorteile.

Einerseits muss der Bund sparen, andererseits will er Anreize schaffen, dass die Menschen und die Wirtschaft an der Dekarbonisierung mitwirken. Wie lässt sich das vereinen? Das aktuelle CO₂-Gesetz ist bis 2030 in Kraft. Wir müssen überlegen, wie es danach weitergeht. Bleiben die gesetzten Ziele unerreicht, werden wahrscheinlich Stimmen laut, die mehr Mittel fordern. Wir müssen ab-

gegeben wird. Auch mein Departement, das UVEK, ist davon betroffen. Das ist nicht schön, aber unumgänglich. Das Ziel bleibt trotz Spardruck gleich: Wir wollen das Klima- und Innovationsgesetz umsetzen.

Höhere Lenkungsabgaben könnten einen Beitrag leisten, mehr Geld zu generieren. Ein gangbarer Weg?

Ökonomisch würden sie womöglich Sinn machen. Meines Erachtens sind sie aber nicht mehrheitsfähig. Eine möglichst effiziente Förderung scheint mir sinnvoller.

Es ist klar: Wir alle müssen einen Beitrag leisten, um die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Dazu zählt der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Vor welchen Herausforderungen stehen Sie damit?

Acht Monate des Jahres lassen sich mit erneuerbaren Energien gut abdecken. Es werden genügend Solaranlagen zugebaut, um die Sommerversorgung zu sichern. Schwierig werden die vier Wintermonate. Dafür brauchen wir dringend rund zehn Prozent mehr Strom, also neue Anlagen ...

... was in der Bevölkerung Widerstände weckt.

Winterstrom lässt sich nachhaltig produzieren, ohne dass das Landschaftsbild daran grossen Schaden nimmt. Wir wollen die Schweiz ja nicht flächendeckend mit Windrädern zustellen. Dazu kommen jene 16 Wasserkraftwerke, die im Stromgesetz vorgesehen sind, und wenige alpine Solaranlagen. Diese müssen aber zwingend realisiert werden. Das ist das Minimum, das wir leisten sollten.

Dafür wird ein Beschleunigungserlass für Bewilligungen angestrebt. Darüber scheiden sich die Geister – vor allem die Einschränkung von damit verbundenen Rechten wird kritisiert, etwa dem Verbandsbeschwerderecht oder dem Vetorecht für Gemeinden. Verstehen Sie den Widerstand?

Der Ständerat kappte für die 16 Wasserkraftprojekte das Beschwerde-recht. Das ist tatsächlich ein Eingriff in unser institutionelles System, in dem die Macht klar zweigeteilt ist. Dem stehe ich auch kritisch gegenüber, klar. Aber gleichzeitig erhöht dies den Druck auf Organisationen, uns zumindest in den vorgesehenen Projekten Hand zu bieten und diese nicht aus Prinzip zu blockieren. Hier erhalte ich durchaus positive Signale von den Schutzorganisationen.

Von welchen?

Beispielsweise von Aqua Viva, die sich für den Schutz und die Renaturierung der heimischen Gewässer einsetzt. Sie deklarierte öffentlich, ihre Einsprachen gegen das Triftprojekt zurückzuziehen, wenn wir das Beschwerderecht sowie die Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen im Gesetz belassen. Zudem will der Landschaftsschutz Schweiz in der Begleitgruppe zum Kraftwerk Gornierli bei Zermatt mitwirken. Das sind klare Signale für eine konstruktive Mitarbeit.

Sind Sie nicht zu optimistisch? Mit dem Solarexpress wollten Sie den Ausbau von alpinen Solargrossanlagen beschleunigen. Über 60 Projekte standen zur Diskussion, nur die Hälfte davon wird weiterverfolgt. Weshalb lassen sie sich dermassen schwer realisieren?

Das hat mehrere Gründe. Erstens: Man hat wohl die technische Umsetzung unterschätzt, da die Schweiz in diesem Bereich Pionierarbeit leisten muss und sich kaum auf Erfahrungen aus dem Ausland stützen kann. An der Muttsee-Staumauer beispielsweise waren nach dem ersten Winter rund 20 Prozent der Panels defekt, weil man die Last des

Schnees unterschätzt hatte. Die Erstellungskosten für solche Anlagen sind entsprechend hoch. Die Rentabilität ist – trotz Subventionierungen bis 60 Prozent – kaum gegeben. Ein zweiter Hemmfaktor sind die Zulieferungen: Wir müssen zusehen, dass die Anlagen schneller Zugang ins Netz finden. Drittens: die bereits erwähnten Einsparungen von Schutzorganisationen.

Haben Sie den Zuspruch der Menschen generell überschätzt?

Den Erhalt von Biodiversität und Klimaschutz zweifelt keiner an. Meines Erachtens lässt sich Klimaschutz nur durch Dekarbonisierung erreichen. Was ich ernüchternd feststellen muss: Viele, die sich für den Klimaschutz einsetzen, sträuben sich gleichzeitig gegen erneuerbare Energien. Hier fehlt die Güterabwägung, was wichtiger ist: der Naturschutz oder die Produktion von nachhaltiger Energie. Überdies gibt es viele Partikularinteressen, die vor der Realisation solcher Anlagen stehen.

Manche sagen, der Solarexpress sei gescheitert. Für Sie nicht?

Nein, einige Projekte sind ja bereits auf Kurs. Jedes zugewonnene Kilowatt zählt – auch wenn wir uns anfangs mehr davon versprochen hatten.

Wie gross ist das Verständnis für Windparkanlagen?

Auch hier tut sich einiges. Im Kanton Luzern wurde ein Gesetz mit grosser Mehrheit angenommen, um Bewilligungsverfahren zu vereinfachen. Wir sind aber auf einer langen Berg- und Talfahrt. Das braucht Kraft und Geduld – die müssen wir aber aufbringen.

Was uns zum Gaillard-Bericht zurückführt. Lässt sich mit Vorschriften und Lenkungsmassnahmen nicht doch effizienter eine Denkmkehr bewirken?

Eine staatlich verordnete Verhaltensänderung führt nie zum Ziel. Will man Probleme lösen, braucht es Innovationen. Das hat sich in der Geschichte schon mehrfach gezeigt: das Auto, der Computer – sie alle brachten den Menschen Nutzen. Wir müssen die Dekarbonisierung mit technischem Fortschritt vorantreiben, nicht mit Verhaltensregeln. Vielleicht braucht das auf dem Zeitstrahl etwas länger als gedacht, aber es ist machbar.

«Nur wenigen Menschen sitzt das Geld so locker im Portemonnaie, dass sie freiwillig und ohne dringliche Gründe ihre Häuser energetisch anpassen.»

Was ist als Erstes zu tun?

Seit 2011 diskutieren wir über die Energiewende, nun wäre es an der Zeit, die Beschlüsse umzusetzen. Ich denke dabei zuerst an den Winter-

strom. Jetzt arbeiten wir am Beschleunigungserlass – danach muss endlich mehr passieren.

Welchen Preis hat das langsame Tempo, mit dem wir in die Zukunft bummeln?

Wir können die Dekarbonisierung nicht so schnell vorantreiben, wie es uns der Souverän zum Auftrag machte. Vielleicht hält es uns aber auch dazu an, über andere Technologien zu reden.

sächlich ist, lässt sich schwer einschätzen. Bislang wurde keine Abstimmungsvorlage angenommen, die Kernenergie verbieten wollte. Der Souverän hat lediglich den Ausstieg beschlossen – und dass keine neuen Werke gebaut werden dürfen. Nun stellt sich aber die Frage: Wird es uns gelingen, in den nächsten zehn, zwanzig Jahren genügend Strom aus nachhaltigen Quellen zu haben, wenn die bestehenden Atomkraftwerke vom Netz gehen? Sie decken immerhin noch ein Viertel unseres Bedarfs. Aktuell weisen die Zeichen in eine Richtung, die diese Frage dringlicher macht. Siehe Spanien und Portugal. Es ist schwierig, mit fluktuierender Energie das Stromnetz stabil zu halten.

Expertinnen und Experten verweisen in diesem Zusammenhang auf grosse Batterien.

Kurzfristig funktioniert diese Speicherung schon prima. Leider bleibt es weltweit aber ungelöst, Strom langfristig in Batterien zu speichern, um damit die Winterlücke zu füllen. Selbstverständlich würde ich eine Technologie, die das möglich macht, einem neuen Kernkraftwerk vorziehen. Noch aber gibt es sie nicht. Als Energieminister sehe ich mich in der Pflicht, die Absicherung des Strombedarfs in alle Richtungen zu diskutieren.

Und das führt zurück zur Kernenergie?

Als der Souverän den Ausstieg beschlossen hatte, war die vollständige Dekarbonisierung der Gesellschaft noch kein Thema. Seither hat sich manches verändert. Denken wir an die geopolitischen Verwerfungen. Wer hätte 2017 abschätzen können, dass in Europa zu wenig Gas und Strom vorhanden ist? Wir müssen die Diskussionen neu führen, die Bevölkerung wird entscheiden, welchen Weg wir einschlagen sollen. Wenn ich mich im Ausland umschaue, stelle ich fest: Dort gehört Kerntechnologie zum Energiemix.

Was ist mit der Sicherheitsfrage?

Die steht immer an erster Stelle! Es gilt aber abzuwägen zwischen neuem Kernkraftwerk und altem, das am Netz gelassen wird.

Etwa über Kernenergie, die Sie zurück ins Gespräch brachten?

Zum Beispiel. Diese Technologie sollte man in den Diskussionen nicht raushalten, gerade, wenn es um Dekarbonisierung geht. Wollen wir das Netto-Null-Ziel erreichen, müssen wir alle Möglichkeiten abwägen. Es scheint aus heutiger Sicht schwierig, die gesamte fossile Energie – sie umfasst immerhin noch 60 Prozent – durch erneuerbare zu ersetzen. Was wir brauchen, ist ein ausgewogener Mix. Auch in der Kerntechnologie werden grosse Fortschritte gemacht, deshalb sollten wir uns diese Option genauer anschauen. Scheuklappen sind für einen offenen Blick hinderlich.

Viele sehen in solchen Gedanken einen Verrat an der Energiewende.

Ich habe den Auftrag, für die Erneuerbaren zu kämpfen, und mache das weiterhin. Wir sollten trotzdem offen sein für andere Technologien. Sonst zeigt sich rückblickend womöglich in zwanzig Jahren, dass der eingeschlagene Weg nicht bis ans Ziel reicht. Das will ich mir später nicht vorwerfen.

Verstehen Sie die Einwände der Skeptikerinnen und Skeptiker? Stichwort Tschernobyl.

Durchaus. Wie stark jedoch der Widerstand in der Bevölkerung tat-



Zur Person

Albert Rösti wurde am 7. Dezember 2022 in den Bundesrat gewählt und leitet das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK. Er ist Doktor der technischen Wissenschaften und Ingenieur Agronom. Im Jahr 2011 wurde er als Nationalrat in das eidgenössische Parlament gewählt, war unter anderem elf Jahre lang Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Von 2016 bis 2019 war er Präsident der Schweizerischen Volkspartei SVP. Der 57-jährige Rösti ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. Er ist am 7. August 1967 in Frutigen geboren und Bürger von Frutigen.